

4. Bürgerausschuss zur Geflüchtetenunterbringung Leinfelden- Echterdingen

Protokoll vom 28. Juni 2024

DIALOG BASIS, Dettenhausen, 03. Juli 2024

Inhalt

| | |
|---|----|
| 1. Begrüßung und Einführung..... | 4 |
| 2. Standortuntersuchung für die Geflüchtetenunterbringung | 5 |
| 3. Statements & Diskussion des Bürgerausschusses..... | 13 |
| 4. Ausblick & Nächste Schritte | 20 |

Teilnehmende des Bürgerausschusses

| Bürgerausschuss | Verwaltung |
|--|--------------------------------|
| Claudia Zöllmer, CDU | Otto Ruppaner |
| Theo Stäbler, CDU | Benjamin Dihm |
| Edeltraud Reichle-Kanthak, Grüne | Dr. Carl-Gustav Kalbfell |
| Martin Klein, Grüne | Philipp Schwarz |
| Wolfgang Haug, FW / FDP | Roman Stuibler |
| Barbara Sinner-Bartels, SPD | Carola Henck |
| Erich Klauser, SPD | |
| Jürgen Kemmner, L.E. Bürger, DiB | Extern |
| Sigrid Ott; L.E. Bürger, DiB | Dr. Antje Grobe, Dialog Basis |
| | Maximilian Klose, Dialog Basis |
| Wolfgang Schleicher, Anwohner Ulrichstraße | |
| Georg Moessner, Anwohner Ulrichstraße | |
| Markus Hertler, Anwohner Ungerhalde | |
| Stephan Opitz, Anwohner Ungerhalde | |
| Ulrike Sarre, Anwohner Südkurve | |
| Jana Breuillé, Anwohnerin Südkurve | |
| Danny Geffers, Anwohner Örllesweg | |
| Thomas Winter, Anwohner Örllesweg | |

1. Begrüßung und Einführung

Otto Ruppner, Oberbürgermeister der Stadt Leinfelden-Echterdingen, begrüßt die Teilnehmenden und bedankt sich bei ihnen für die Mitarbeit bei der Lösungsfindung für die Geflüchtetenunterbringung, trotz der Schwierigkeit und Emotionalität des Themas. Er habe sich zu den vergangenen Sitzungen informiert und sei begeistert von dem Format des Bürgerausschusses, in dem durch ein gemeinsames Abwägen von Argumenten ein bürgerschaftlich getragenes Ergebnis erarbeitet werde. Herr Ruppner dankt auch der Verwaltung, die sich dezidiert, gewissenhaft und intensiv mit den über 60 Vorschlägen für einen idealen Standort auseinandergesetzt habe, die aus der Bevölkerung eingebracht wurden.

Zunächst geht er auf die Berichterstattung der jüngeren Vergangenheit zu einer Gemeinderatsitzung zum Grunderwerb der Stadt in der Dieselstraße ein. Informationen aus der nicht-öffentlichen Sitzung wurden durch eine Person veröffentlicht. Diese Berichterstattung in der Zeitung sei falsch bzw. unvollständig. Es stimme zwar, dass der Beschluss gefasst wurde, das Angebot für den Erwerb eines Gebäudes in der Dieselstraße anzunehmen, jedoch nicht, bevor darüber mit dem Bürgerausschuss gesprochen wurde. Außerdem sei in dem Bericht ausgelassen worden, dass im Falle eines Erwerbs der Dieselstraße der Containerstandort an der Leinfelder Straße (sog. Renault-Gelände) nach Ablauf der befristeten Betriebsdauer zurückgebaut werde und die sog. Südkurve einer geordneten städtebaulichen Entwicklung ohne Flüchtlingsstandort zugeführt werden sollte.

Er erläutert, dass es bei Gemeinderatssitzungen zu Immobilienerwerb gesetzlich vorgeschrieben ist, diese nicht-öffentlich durchzuführen.

Endgültig sei der Beschluss noch nicht vollzogen, und hierüber wolle man in der heutigen Sitzung sprechen.

2. Standortuntersuchung für die Geflüchtetenunterbringung

Philipp Schwarz, Amtsleiter des Planungsamtes, führt mit seinem Vortrag zur Standortsuche ein. Er zeigt den aktuellen Stand der Geflüchtetenunterbringung in Leinfelden-Echterdingen (Abb.1). Hervorzuheben seien die temporären Standorte der Baufelder F und K, die wahrscheinlich Anfang 2025 neu bezogen werden. Der Standort Dieselstraße sei auf der Karte noch nicht vermerkt. Er erläutert zudem, dass die Stadt Geflüchtete neben temporären oder längerfristigen Sammelunterkünften zusätzlich in Privatwohnungen unterbringt, die über das Projekt LE mietet⁴ vermittelt werden; viele Geflüchtete haben außerdem auf dem regulären Wohnungsmarkt eine Wohnung gefunden.

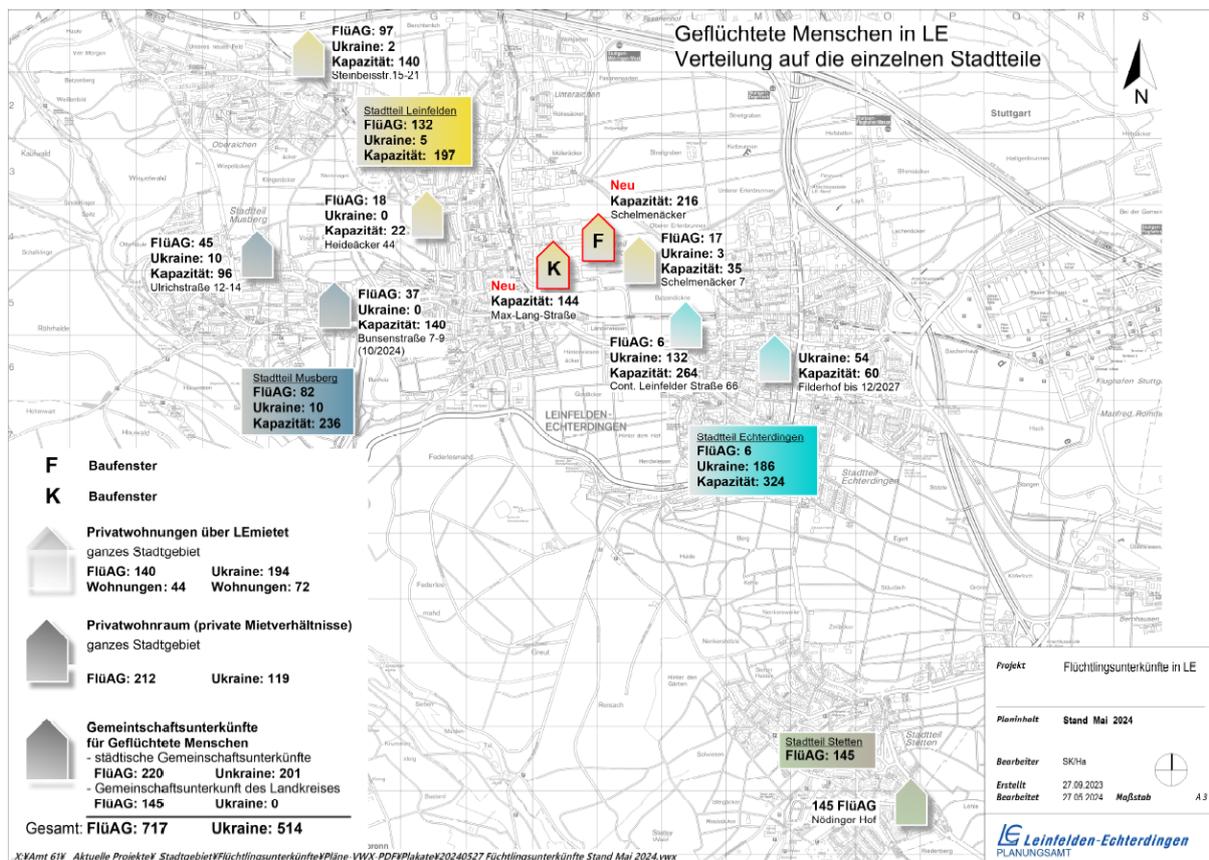


Abbildung 1 Flüchtlingsunterkünfte in Leinfelden-Echterdingen

Er zeigt die Vorschläge für Standorte, die sich aus der Standortsuche der Stadt ergeben hätten, sowie mit einem lila Dreieck markierte Vorschläge, die aus der Bürgerschaft entstammten (Abb2.). Ein Großteil der beiden überlagere sich. Außerdem werde aus der Karte durch die roten Kreuze ersichtlich, welche Standorte nach einer Vorprüfung durch die Stadtverwaltung ausgeschlossen worden seien (z.B. auf Grund von baurechtlichen Vorgaben). Wichtig sei bei der Standortbetrachtung die Frage gewesen, ob diese auch langfristig genutzt werden könnten.

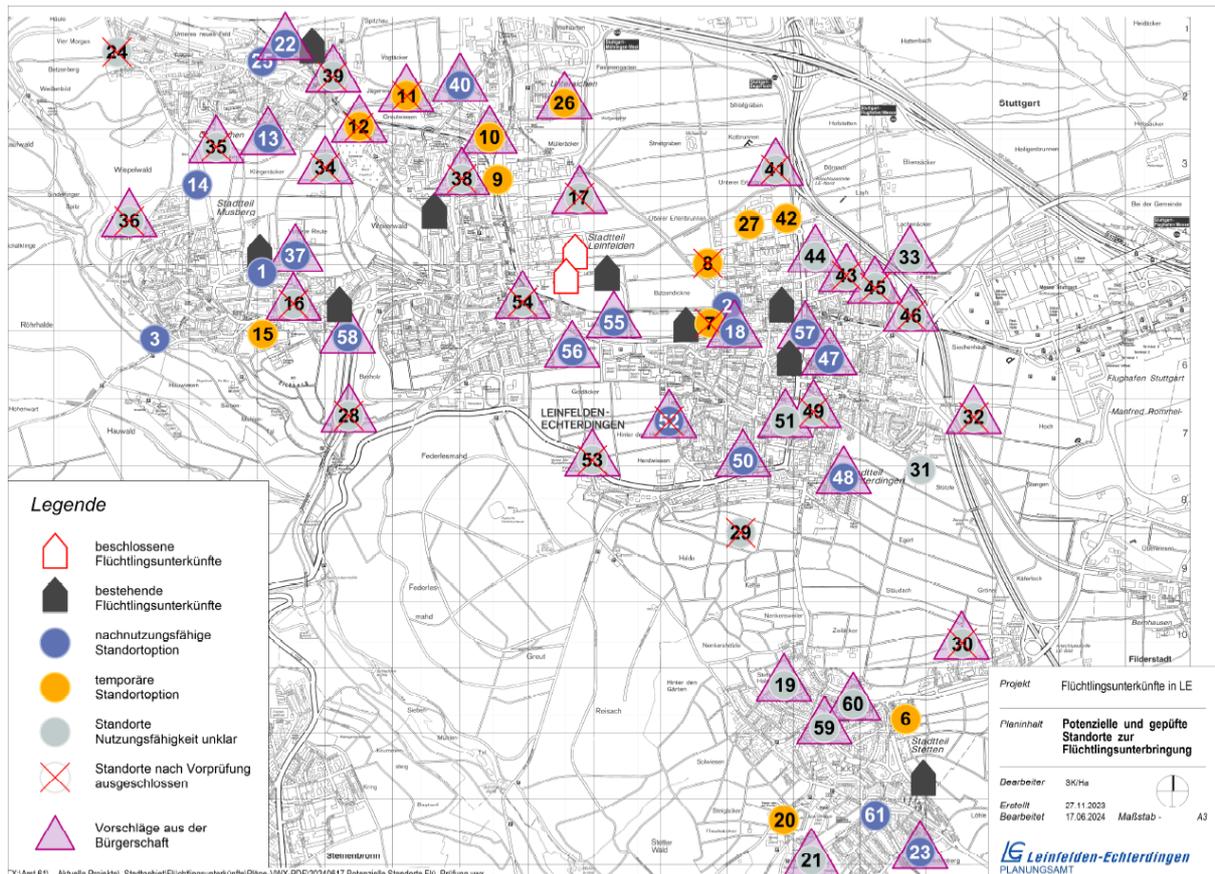


Abbildung 2 Prüfung potenzieller Standorte

Philipp Schwarz verdeutlicht anschließend, welche Standorte ausgeschlossen worden seien. Grau hinterlegt seien Standorte, bei denen amtsrechtlich Unsicherheiten bestünden oder die sich relativ weit im Außenbereich befänden. Sonstige Kriterien seien bereits bekannt und deckten Bereiche ab wie das Baurecht oder die Modellierung des Gebiets (z.B. ob dort gebaut werden könne, ob Altlasten bestünden oder Lärm- bzw. Geruchsprobleme vorhanden seien, etc.).

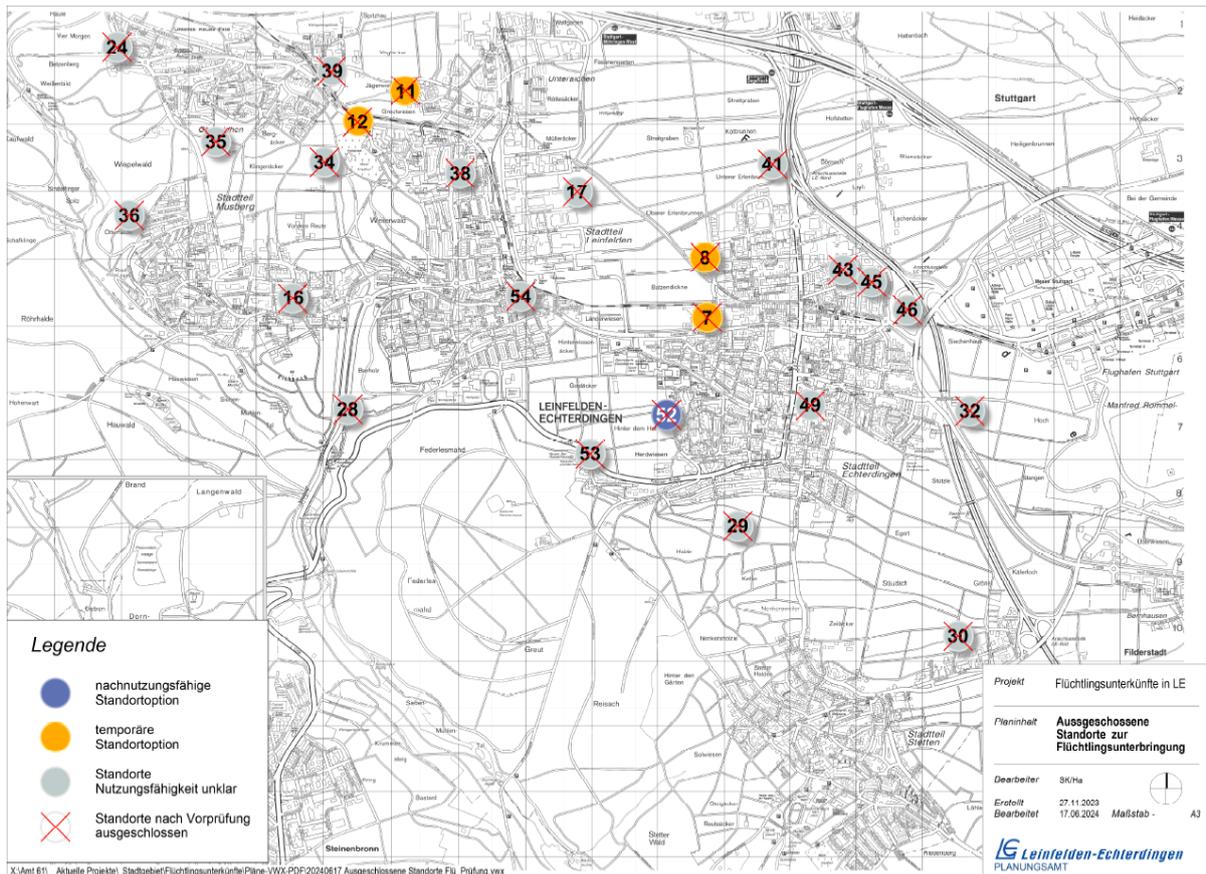


Abbildung 3 Nach Vorprüfung ausgeschlossene Standorte

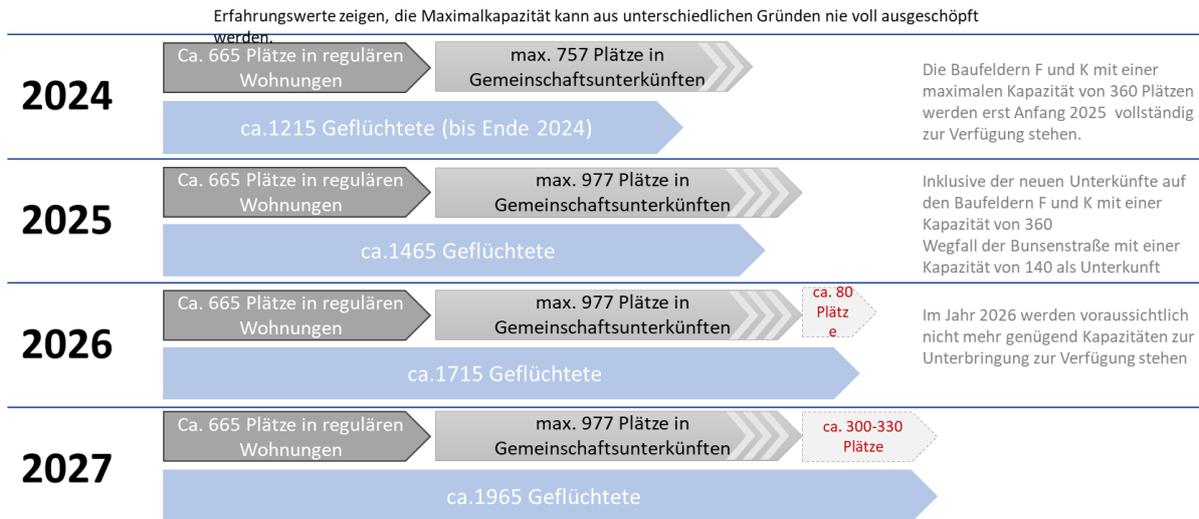


Abbildung 4 Benötigte Kapazitäten bis 2027

Er zeigt die benötigten Kapazitäten der Unterbringung bis 2027 auf. Die blauen Balken zeigen eine Zunahme von etwa 1.200 Geflüchteten heute auf fast 2.000 Geflüchtete im Jahr 2027. Pro Jahr müssen nach derzeitigen Prognosen rund 250 neue Geflüchtete untergebracht werden. Es könne davon ausgegangen werden, dass die Unterbringung von Geflüchteten in Privatwohnungen in diesem Zeitraum stabil bleibe, da der Markt wahrscheinlich bereits ausgeschöpft und daher vermutlich nicht mit weiterem Wachstum zu rechnen sei. Um jedoch der Gefahr vorzubeugen, 2027 mit einem nicht gedeckten Bedarf konfrontiert zu sein, sei eine Erweiterung der Gemeinschaftsunterkünfte notwendig durch die Errichtung neuer Standorte, die gemeinsam erörtert werden sollen.

Er erinnert daran, dass die Standorte aufgrund des Zeitdruckes initial danach sortiert wurden, wie schnell die Umsetzungsfähigkeit sei. Dies habe die Stadtverwaltung umgeändert in eine Kategorisierung nach kurz-, mittel- oder langfristiger Umsetzbarkeit, deren Kriterien in Abbildung 5 dargestellt sind.

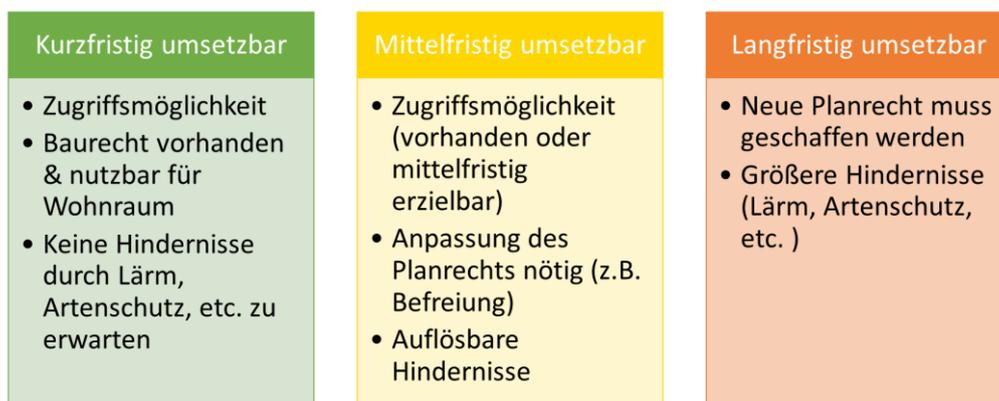


Abbildung 5 Zuordnung in einen von drei Töpfen – Umsetzungsgeschwindigkeit

Er zeigt die aktuelle mit dem Bürgerausschuss erarbeitete Kriterienliste.

| | | Nr. | Kriterien | Begründung / Daten |
|--|----|-----------------------|--|--|
| 1. Schritt Umsetzungs- geschwindigkeit | A. | | Größe Grundstück | Wie groß ist die potenzielle Standortoption |
| | B. | | Max. Bewohnerkapazität | In einer tieferen Prüfung kann die potenzielle Bewohnerzahl ermittelt werden |
| | C. | | B-Plan / Genehmigungsfähigkeit | Welches Baurecht besteht? |
| | D. | | Zugriffsmöglichkeit | Welche Genehmigungsgrundlage liegt vor? Eigentum/ Miete |
| | E. | | Umsetzungsgeschwindigkeit | Wichtiger Faktor der zeitlichen Realisierbarkeit eines Standorts |
| | | Unterkriterien | | |
| 2. Schritt Unterkriterien | 1. | | Altlasten | 8. Nutzung als Wohnraum |
| | 2. | | Lärm | 9. Infrastrukturelle Umgebung |
| | 3. | | Gerüche | 10. Wirtschaftlichkeit/Kosten |
| | 4. | | Archäologische Denkmale | 11. Umweltauswirkungen/Flächenversiegelung |
| | 5. | | Artenschutz/ Ökokonto | 12. Administrative Betreuung |
| | 6. | | Dezentralität | 13. Städtebauliches Potenzial/Nutzungsmöglichkeiten |
| | 7. | | Verhältnis von AnwohnerInnen zu Geflüchteten | 14. Grundstückswert/Immobilienpreis |

Abbildung 6 Mit Bürgerausschuss erarbeitete Kriterien

Eine wichtige Frage bei der Diskussion mit dem Ausschuss sei gewesen, wie die infrastrukturellen Voraussetzungen der Standorte seien.

Das Planungsamt habe daher die Kartierungen zu Kindergärten, Spielplätzen, Ärztinnen und Ärzte, Lebensmittelläden und Mobilitätspunkten (Bus-, U-Bahn- und S-Bahnhaltestellen) mit den entsprechenden Radien in einer Karte zusammengetragen (Abbildung 7). Die Karte zeige, dass die Stadt Leinfelden-Echterdingen infrastrukturell sehr gut ausgestattet sei. Es gebe also keine Bereiche, die strukturell benachteiligt seien und wo deshalb die Voraussetzungen für eine Geflüchtetenunterkunft nicht gegeben seien.

Er erläutere zudem das Kriterium C „Genehmigungsfähigkeit“ für Flüchtlingsunterkünfte. Dieses ergebe sich aus zwei großen Gesetzestexten: das Baugesetzbuch (BauGB) als öffentliches Bundesgesetz sowie die Landesbauordnung (LBO) als Gesetz auf Landesebene. §246 BauGB ermögliche viele Erleichterungen für den Bau von Flüchtlingsunterkünften in Orten, ein Bau unter anderen Umständen nicht möglich wäre. Das Instrument eines Bebauungsplans wäre ebenfalls möglich, solch ein Verfahren dauere in Deutschland jedoch anderthalb bis zwei Jahre.

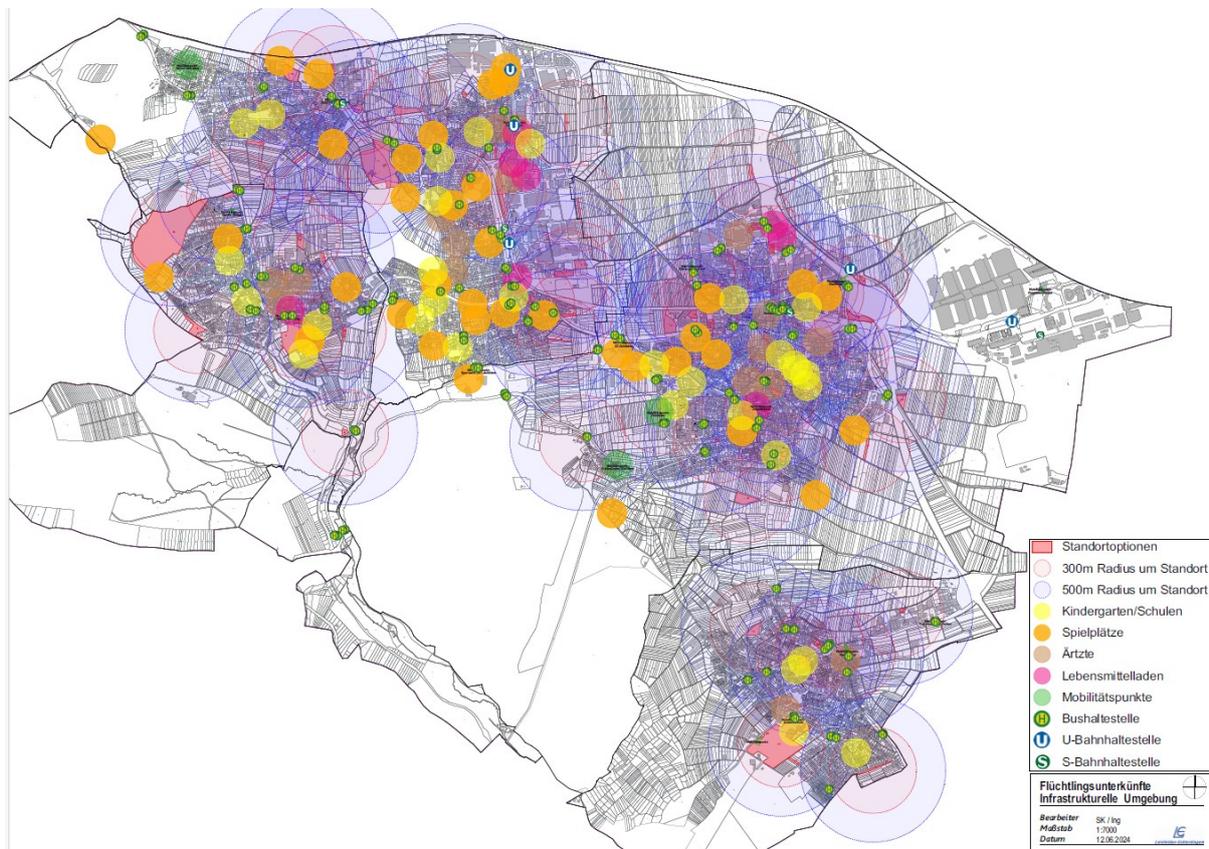


Abbildung 7 Infrastrukturelle Umgebung

Das Ziel sei, von temporären Standorten zu langfristigen Lösungen zu kommen. Hierbei sei die höchstpriorisierte Lösung die Schaffung von **regulärem Wohnungsbau** im Bestand, der langfristig der Bürgerschaft und der Stadt zur Verfügung stehen solle (siehe „Priorität 1“ in Abbildung 8). Gleichzeitig wolle man vermeiden, viel Geld in neue Infrastrukturen zu investieren die langfristig keinen Nutzen für die Stadt haben. Daher sei die Lösung mit der zweithöchsten Priorität die **Zwischennutzung oder dauerhafte Umnutzung von Bestandsbauten**, die evtl. nicht dem planungsrechtlichen Zustand entsprechen, den man für Wohnungen benötige (siehe „Priorität 2“ in Abbildung 8). Denkbar seien hier zum Beispiel Sammelunterkünfte in Gewerbegebieten, die zwar für einen normalen Wohnungsbau nicht umsetzbar seien, jedoch in dieser Notsituation eine Möglichkeit für Geflüchtetenunterkünfte darstellen könnten. Mit „Priorität 3“ seien die Standorte gekennzeichnet, die als **temporäre Unterbringungen** mit Containerbauweise und als Übergangslösungen konzipiert seien.

Er erläutert, dass sich bei einem Zusammenführen der beiden Kriterien „Priorität“ und „Umsetzbarkeit“ einige ideale Standorte herauskristallisierten, die langfristig umsetzbar seien mit einer Priorität 1 oder 2. Nehme man die Kategorie „Bürgervorschlag“ zusätzlich ins Visier, erkenne man, dass es eine Überlagerung dieser idealen Standorte mit Bürgervorschlägen gebe. Diese Karte (Abbildung 8) sei das Resultat der bemerkenswerten Zusammenarbeit zwischen Bürgerausschuss und Verwaltung. Man habe es geschafft, gemeinsame Lösungen zu entwickeln.

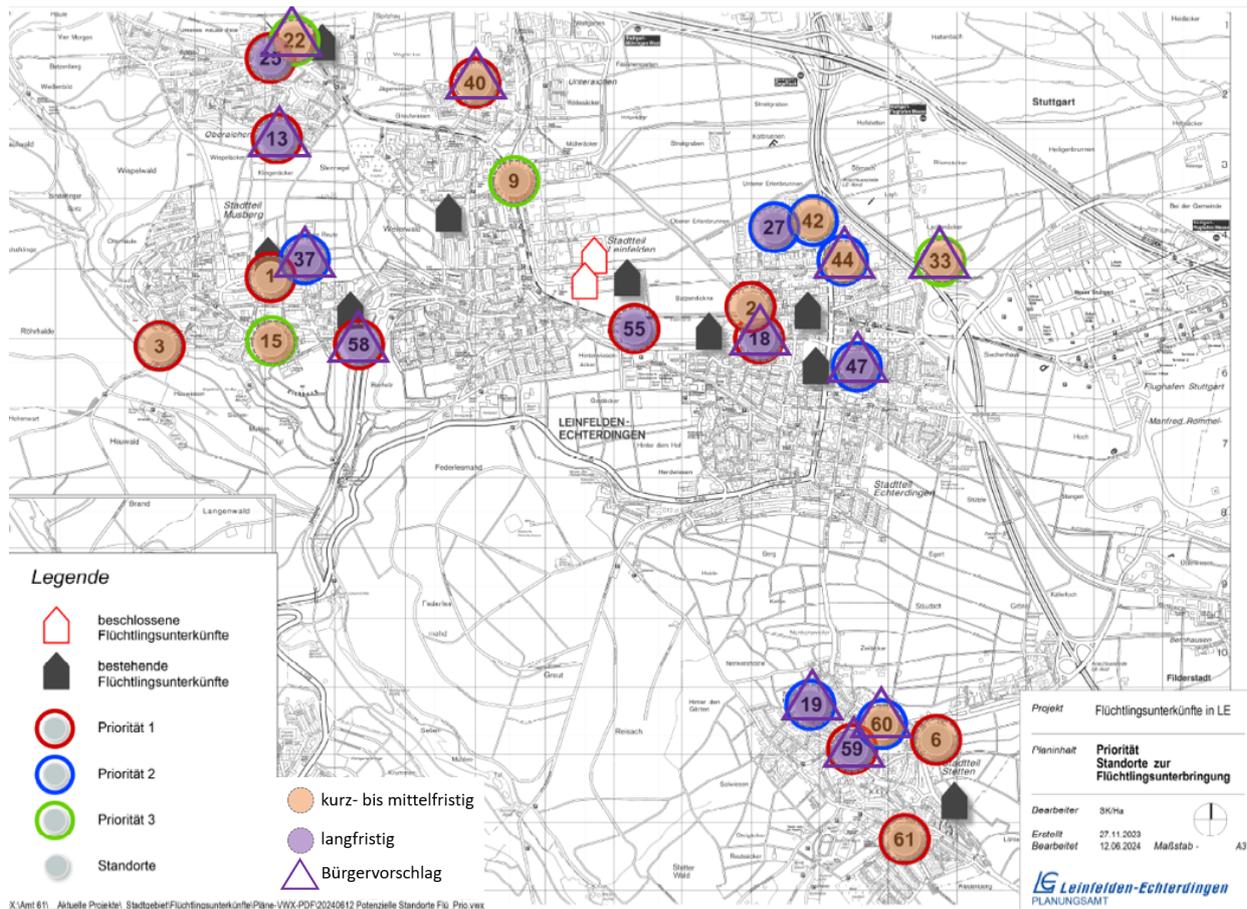


Abbildung 8 Prioritäten für die Unterbringung von Geflüchteten aus der Sicht der Stadtverwaltung

Er geht abschließend auf die Kapazitätsszenarien bis 2030 ein. Abbildung 9 veranschaulicht, wie sich die Unterbringungsplätze in der Stadt zukünftig entwickeln würden, wenn keine neuen Unterkünfte geschaffen würden. Hierbei sei ein großes Problem, dass befristete Unterkünfte nach vier bis fünf Jahren auslaufen und deren Kapazitäten danach nicht mehr zur Verfügung stünden. Daher sei davon auszugehen, dass es ab 2028 nicht mehr genügend Plätze geben werde. Um hiermit umzugehen, müsse man bereits heute eine Lösung erarbeiten.



Abbildung 9 Zeitstrahl bis 2027

Szenario Ungerhalde, Südkurve und Ulrichstraße

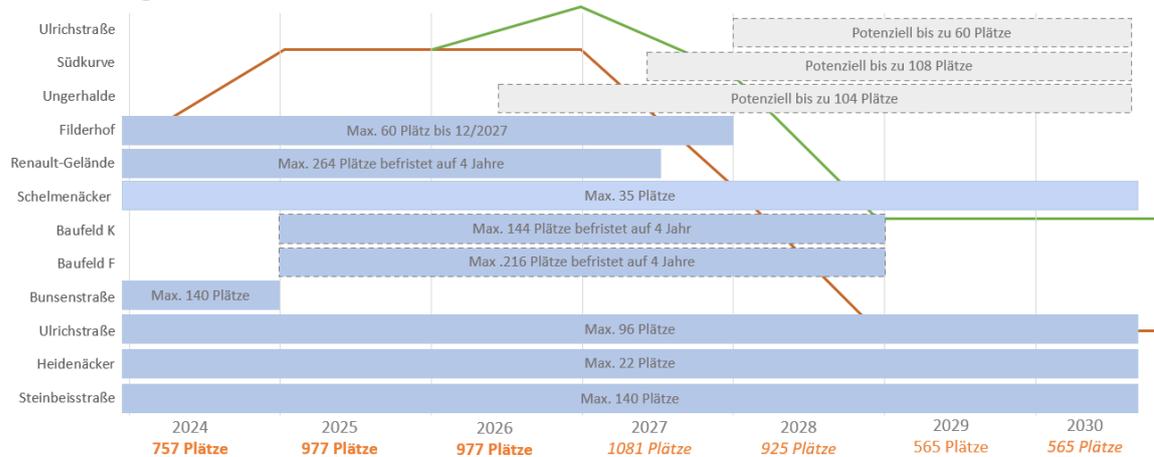


Abbildung 10 Szenario Ungerhalde, Südkurve und Ulrichstraße

Herr Schwarz illustriert mögliche Zukunftsszenarien anhand von drei Standorten: der Containerbau in der Ungerhalde mit 104 zusätzlichen Plätzen, die Bebauung der Südkurve mit 108 Plätzen und die Nutzung der Ulrichstraße als kleinster Potentialstandort mit 60 Plätzen. Er schlussfolgert, dass alle drei Standorte gleichzeitig entwickelt werden müssten, um tatsächlich den Bedarf ab 2028 zu decken.

Szenario Dieselstraße (Umnutzung)

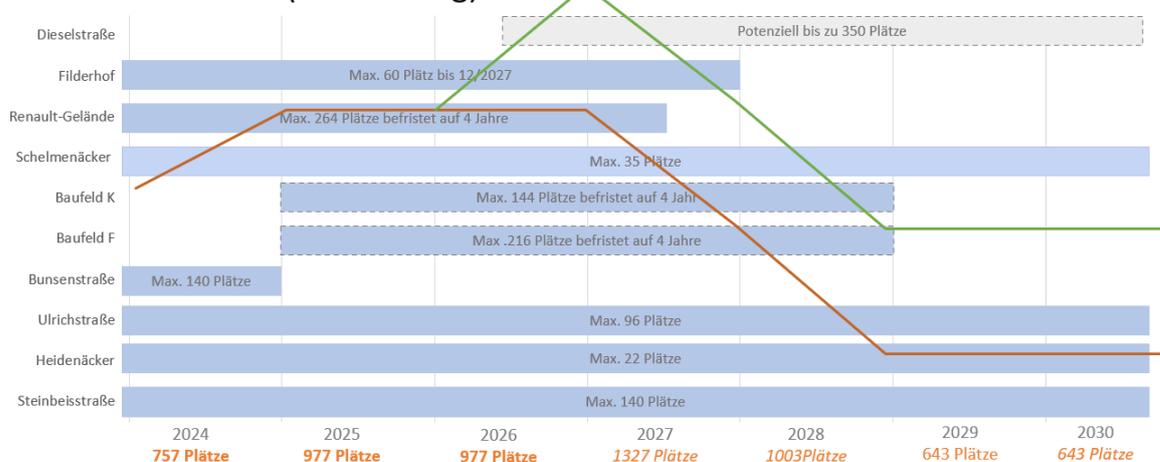


Abbildung 11 Szenario Dieselstraße (Umnutzung)

Die Umnutzung der Dieselstraße sei eine Lösung, die tatsächlich langfristig helfen würde. Mit bis zu 350 potenziellen Plätzen in diesem Standort hätte man kurzfristig sogar eine Überkapazität und langfristig die Sicherheit eines Standortes, der auch nach vier bis fünf Jahren baurechtlich erhalten bleibe.

Dr. Carl Gustav Kalbfell, Bürgermeister der Stadt Leinfelden-Echterdingen, ergänzt, dass die Verwaltung berücksichtigt habe, dass die Anwohnenden der Dieselstraße an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen. Daher habe er persönlich mit Anliegern (Hotels, Baustoffmarkt, Rewe Supermarkt, andere benachbarte beruflich genutzte Gebäude) vor Ort, telefonisch oder virtuell gesprochen und sie zu dem Vorhaben informiert. Die Rückmeldungen seien weder negativ noch positiv ausgefallen. Die Hotels, die sich direkt gegenüber von der geplanten

Geflüchtetenunterkunft befände, habe sehr entspannt reagiert, da es normalerweise nicht als Wohnhotel für Urlaubsaktivitäten über mehrere Tage genutzt werde und die Hotelgäste größtenteils tagsüber beruflich unterwegs seien. Die Hotels hätten teilweise eine „ruhige Schlafgarantie“, weswegen im Rahmen der Bauarbeiten bzw. dann dem Betrieb auf den Lärmschutz geachtet werden müsse. Einige Betriebe hätten sogar hoffnungsvoll auf das Vorhaben reagiert mit Blick auf mögliche Fachkräfte, die sie für sich gewinnen könnten. Es sei zudem positiv aufgenommen worden, dass das Gebäude langfristig als möglicher Rathaus- und Verwaltungsstandort anvisiert sei, wenn sich die politische und rechtliche Lage in Zukunft entspanne. Zu bedenken sei zudem, dass das Gebäude bereits seit knapp fünf Jahren leer stehe.

3. Statements & Diskussion des Bürgerausschusses

Die Vertretungen der Anwohnerschaft und die Gemeinderatsfraktionen geben jeweils fünfminütige Statements zum aktuellen Prozess und zur Situation der Geflüchtetenunterbringung. Fragen & Antworten während der Statements sind im Simultanprotokoll weiter unten gesammelt.

Anwohnervertretung Ulrichstraße

Georg Moessner dankt für die Einführung. Die Anwohnervertretung Ulrichstraße habe von Anfang an klar ausgedrückt, sie habe keine Einwände dagegen, ihren Standort für eine Geflüchtetenunterkunft zu nutzen. Er sei irritiert, dass die Ulrichstraße nun in die Kategorie „mittelfristig umsetzbar“ gerückt sei.

Er merkt an, dass der Bürgerausschuss ein gutes Format sei. Für die breitere Akzeptanz in der Bevölkerung sei es jedoch wichtig, dass die Ergebnisse aus dem Prozess in die Bevölkerung getragen und von ihnen gehört werden. Er sei enttäuscht, dass Dezentralität als Ziel nicht höher priorisiert worden sei und stattdessen als weniger wichtig dargestellt werde.

Wolfgang Schleicher dankt für die großartige Vorarbeit. Er freue sich, dass der Bürgerausschuss sich langsam, aber sicher auf der Zielgerade befinde. Er sei sehr zufrieden mit den bisherigen Ergebnissen und Zahlen. Nur die hohe Zahl der Plätze in der Dieselstraße sehe er kritisch, da hierfür sicherlich viel Sozialarbeit und Betreuung eingeplant werden müsse.

Anwohnervertretung Ungerhalde

Markus Hertler betont seinen hohen Respekt für alle, die an den bisherigen Unterlagen mitgewirkt und ihre Zeit in den bisherigen Stand investiert haben. Er sehe es als positiv, dass aus nur einem potenziellen Standort in seinem Wohngebiet nun acht geworden seien. Was ihm jedoch fehle sei das Gesamtbild mit Aussagen dazu, wie diese Pläne realisiert werden könnten. Es sei nicht klar, was genau auf diesen Grundstücken passieren solle und wie viele Geflüchtete dort jeweils eine Unterkunft finden könnten. Er wünscht sich eine Konkretisierung, sobald dies möglich sei.

Außerdem gibt er zu, dass er einige der Kriterien nicht selbst beurteilen könne und daher auf die Expertise und Neutralität der Stadtverwaltung vertraue. Beim Kriterium der Infrastruktur sehe er zwar noch Diskussionsbedarf, doch dies seien Feinheiten, die zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden könnten. Zudem sehe er ein, dass die Kosten nicht immer klar für jeden einzelnen der Standortvorschläge vorherzusagen seien, doch er wünsche sich trotzdem eine Definition eines etwaigen Kostenrahmens, die jeweils in die Beurteilung mit einfließen könnte.

Stephan Opitz stellt die Frage, wie es mit den offenen Kriterien weitergehen könnte. Er unterstreicht, wie wichtig die Vollständigkeit dieser Kriterien sei und schlägt vor, dazu eine zweite Runde anzuleiten, um etwa die Dezentralität stärker einzubeziehen. Dort, wo Kriterien offenbleiben, seien weitere Bewertungen notwendig.

Anwohnervertretung Südkurve

Jana Breuillé beginnt ihr Statement, indem sie der Verwaltung für die ausführliche Prüfung dankt. Vor allem der Zeitstrahl zur Veranschaulichung der zukünftigen Entwicklung der Plätze für Geflüchtete sei sehr anschaulich. Sie dankt auch für die zusätzliche Woche Zeit, die die Anwohnenden bekommen hätten, um sich im Voraus auf diese Sitzung mit den Unterlagen vertraut zu machen.

Außerdem sei sie glücklich darüber, dass die Verwaltung heute auf den doch schockierenden Zeitungsbericht zur Dieselstraße eingegangen sei. Sie finde 350 Geflüchtete in einer Unterkunft nichtsdestotrotz eine enorm hohe Zahl. Ihrer Meinung nach solle man hinterfragen, ob dies tatsächlich nötig sei oder ob man nicht zusätzlich eine kleineren Geflüchtetenunterkunft an einem anderen Standort zur Entlastung einrichten könne.

Sie stellt die Frage, wer die Prioritäten wie bestimmt habe und wie es dazu kommen könne, dass die Dieselstraße von ihrem bisherigen 13. Platz vorgezogen worden sei. Sie stimme zudem ihren Vorrednern zu, dass Dezentralität ein wichtiger Punkt sei, der bewertet werden müsse.

Sie schließt ihr Statement mit der Bitte nach einer schriftlichen Bestätigung, dass die Südkurve als Standort nicht genutzt werde, wenn man die Dieselstraße endgültig auswähle. Otto Ruppener antwortet, dass dies leider nicht möglich sei, da die Entwicklung globaler Konflikte die Stadt schnell vor neue Herausforderungen stellen kann. Jana Breuillé bittet daher darum, die Südkurve beim vollziehenden Gemeinderatsbeschluss zum Erwerb der Dieselstraße die Zukunft des Südkurve-Standes mitzuformulieren.

Ulrike Sarre ergänzt, die Dieselstraße werde dem Grundsatz der wenigen Verdichtung nicht gerecht, da dieser Standort Echterdingen Norden zusätzlich überbelastet. Außerdem bittet sie um Konkretisierungen zum Renault-Gelände und zur zeitlichen Umsetzbarkeit der Dieselstraße. In einer Besprechung des Oberbürgermeisters mit Standortvertretenden seien ursprünglich max. 80 Geflüchtete an der Dieselstraße genannt worden. Die neue Zahl sei eine deutliche Steigerung. Die Stadtverwaltung erläutert dies durch den hohen Druck zur Unterbringung.

Anwohnervertretung Örllesweg – Vorbereitetes Statement

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder dieses Ausschusses.

Als Vertreter des Örlleswegs sowie Mitglied der Initiative „Der Örllesweg muss grün bleiben“ möchte ich gerne Folgendes zu Protokoll geben:

1) Wir möchten uns ausdrücklich bei der Stadt für das nun vorliegende Punktesystem zur Beurteilung der jeweiligen Standorte bedanken. Nach unserem Verständnis soll das Ziel dabei sein, eine möglichst exakte und objektive Festlegung potenzieller Standorte zu erhalten.

Gleichzeitig möchten wir die seitens Frau Dr. Grobe von Dialog Basis überaus professionelle Begleitung und Moderation dieses Bürgerausschusses hervorheben und Ihnen Frau Dr. Grobe unseren besonderen Dank hierfür aussprechen.

Sicher gibt es auch zum vorliegenden Punktesystem noch Fragen und Erfordernisse zu weiteren Differenzierungen und insbesondere Gewichtungen. Diese Ergänzungen und Fragen sind erforderlich, um die letztlich ausgewählten

Standorte in ihrer Umsetzung priorisieren zu können. Ganz wesentlich erscheint uns in diesem Zusammenhang die Frage nach der Unterscheidung in Kurzfristige, Mittelfristige und Langfristige Standorte sowie die daraus resultierenden Konsequenzen.

2) Und nun zum Örlesweg: Der Örlesweg liegt im Außenbereich von Musberg. Dies wurde bereits im Gerichtsurteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 3. September 2019 Seite 10 explizit festgestellt.

-Ich zitiere- „(...)ist davon auszugehen, dass sich das Vorhabengrundstück im Außenbereich befindet, wovon auch alle Beteiligten ausgehen“.

Die Qualifizierung als Außenbereich führt bei der vorliegenden Standortwahl dazu, dass seitens der Stadt bei allen anderen Standorten lediglich eine temporäre Bebauung denkbar ist. Standorte wie bspw. die Jägerwiesen in Unteraichen werden u.a. mit der Begründung Außenbereich ausgeschlossen, der Obere Bongart in Musberg als ungeeignet bewertet. Damit schließt sich folgerichtig eine dauerhafte Bebauung des Örleswegs aus.

Auch eine denkbare temporäre Bebauung des Örleswegs ist aus unserer Sicht aus Kostengründen, aber ganz wesentlich aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes nicht ratsam. So werden die Talwiesen im Außenbereich von Musberg Nähe Mäules-/und Eselsmühle mit der Begründung, ich zitiere „(...) mitten in einem regionalbedeutsamen Naherholungsgebiet“ ausgeschlossen. Dieses genannte Naherholungsgebiet erstreckt sich über die Obere Mühle, das Reichenbachtal - in dem der Örlesweg liegt- bis hin zum Schmeilbachtal.

Zudem hat das Regierungspräsidium Stuttgart in seinem Urteil vom 23. Mai 2017 die Baugenehmigung für den Örlesweg befristet auf 10 Jahre erteilt. Die Landtagspetition vom 23. Juni 2017 hebt im Fazit hervor -ich zitiere-: „Für das Vertrauen in die Politik wäre es wichtig, dass das als Provisorium bezeichnete Gebäude tatsächlich (...) wieder abgebaut wird“.

Aus diesen genannten Gründen sind wir von der vorliegenden Präsentation, in der der Örlesweg als dauerhaft bebaubar dargestellt wird, sehr überrascht.

Fazit: Wenn die Stadt unverändert weiterhin versucht, eine langfristige Genehmigung zu erwirken, so zerstört sie restlich das ohnehin bereits deutlich beschädigte Vertrauen!

Herr Ruppner, bitte beenden Sie die Bestrebungen, den Örlesweg langfristig zu bebauen, da dieses Vorhaben weder aus ökonomischen Gründen und schon gar nicht aus ökologischen Erwägungen ansatzweise Sinn ergibt. Diese Maßnahme wäre ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die Stadt auch in der Realität hinter ihren selbst gesteckten Klima- und Umweltschutzziele steht.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderatsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Edeltraud Reichle-Kanthak dankt den Anwohnenden für ihre Stellungnahmen. Sie lobt das Format des Bürgerausschusses und bekennt, dass auch ihre Fraktion stark davon profitiert habe, einen Überblick zu allen Perspektiven bekommen zu haben und sich so als Fraktion eine klare Meinung gebildet haben zu können.

Sie erklärt, dass sie dem Kauf des Dieselstraße-Standorts zugestimmt habe. Aufgrund der Dezentralität und der hohen Menge an Plätzen sei der Standort nicht ideal in Bezug auf die Betreuung von Geflüchteten vor Ort. Ausschlaggebend sei für sie trotzdem gewesen, dass aus dem Bürgerausschuss, der ihrer Meinung nach sehr wichtige Punkte gekommen sei, man wolle bestehende Industriegebäude nutzen und von Containerlösungen

absehen. Es gebe keine hundertprozentig ideale Lösung, und obwohl die Dieselstraße im Aspekt der Dezentralität schwäche, punkte sie dafür stärker in anderen Kriterien. Zudem sei positiv, dass man für diese Lösung nicht in die Außenbereiche gehen und keine Umwelt und Natur zerstören müsse.

Martin Klein ergänzt, dass die starke räumliche Ballung, die durch das Renault-Areal und das Baufeld F und K entstanden sei, durch die Dieselstraße aufgelöst werden könne, indem später das Renault-Areal und die Südkurve nicht mehr genutzt werden. Dass diese Ballung nun nicht mehr direkt im Wohngebiet sei, sei für ihn ein wichtiger Grund gewesen, für die Lösung in der Dieselstraße zu stimmen. Herr Klein merkt jedoch mit Blick auf die Stadtverwaltung an, dass der Immergrünweg bedacht gehöre, auch weil der Standort gewisse Ähnlichkeiten mit der Dieselstraße habe.

Abschließend wendet er sich wieder an die Bürgerinnen und Bürger. Es sei ihm an dieser Stelle wichtig, anzumerken, dass mit diesem Beschluss die einmalige Chance ergriffen wurde, das Gebäude in der Dieselstraße potenziell als Geflüchtetenunterkunft zu nutzen, sie dies jedoch nicht tun müssten.

Gemeinderatsfraktion L.E. Bürger, Demokratie in Bewegung

Jürgen Kemmner dankt einleitend für das Format und erkennt rückblickend an, dass man es geschafft habe, einen gemeinsamen, konstruktiven und transparenten Weg zu gehen und nun auf fruchtbaren Boden gefallen sei. Er dankt allen für ihr bürgerschaftliches Engagement.

Ihm sei bewusst, dass das Thema Dezentralität den Bürgerinnen und Bürgern wichtig sei und über die Anzahl Plätze in der Dieselstraße noch diskutiert werden müsse. Die Stadtverwaltung bejaht seine Frage, ob die Dieselstraße als Durchgangslage für Geflüchtete gedacht sei, bis sie in feste Wohnungen weiterziehen könnten. Er sei zuversichtlich, dass man eine Lösung finden könne, die vom Großteil der Bevölkerung mitgetragen werde.

Sigrid Ott dankt dem Bürgerausschuss und geht auf den Punkt B „maximale Bewohnerkapazität“ bei den Standorten ein. Sie bittet diesbezüglich darum, dass eine ungefähre Größenordnung in den bisher leergelassenen Feldern eingefügt werde. Außerdem stimme sie dem Statement der Anwohner des Örleswegs zu und fügt hinzu, sie würde lieber den Immergrünweg als den Örlesweg in Angriff nehmen, da der Örlesweg sich zu weit unten im Tal befinde.

Gemeinderatsfraktion SPD

Erich Klausner dankt für das Format. Man spreche im Bürgerausschuss über ein sehr schwieriges Thema und es sei einen Beifall wert, dass es auf einer so sachlichen Ebene behandelt werde. Er lobt die Arbeit der Bürgerinnen und Bürger und plädiert für ihr weiteres Engagement.

Die SPD habe für die Dieselstraße gestimmt mit der Begründung, dass Anwohnende bisher berichteten, dass in den festen Unterkünften die geringsten Probleme aufgetreten seien und dort die Integration besonders gut funktioniere. Die SPD habe auch dafür gestimmt, weil dadurch die Container im Renault-Gelände abgebaut werden könnten und man insgesamt langfristig komplett von Containerlösungen absehen müsse.

Es habe höchste Priorität, die Dezentralität einhalten zu können, und dahingegen sei für ihn zum Beispiel die Anbindung an Mobilität eher zweitrangig. Alle Stadtteile sollten gleich betroffen sein, so Erich Klausner.

Er merkt zusätzlich an, dass man bereits über das Gebäude von FLÜWO in Stetten gesprochen habe. Unter anderem sei dort der Bau eines Pflegebereichs geplant, und so etwas ähnele strukturell einem Flüchtlingsheim.

Eventuell sei da ein Synergieeffekt vorhanden, den man nutzen könne. Dies würde jedoch noch einige Monate dauern.

Er übergibt an **Barbara Sinner-Bartels**. Sie dankt OB Ruppener für seine klarstellenden Worte zu Beginn der Veranstaltung zur Südkurve und zum Renault-Gelände, da hierzu einige Gerüchte und Unklarheiten den Prozess behindert hätten.

Sie lobt die Transparenz, die Kommunikation auf Augenhöhe und die Flexibilität gegenüber einer sich dauernd ändernden Faktenlage in diesem Bürgerausschuss. Die Kriegslage in der Welt sei und bleibe unsicher und man müsse sich darauf vorbereiten. Den Bürgerausschuss wolle man deshalb in dieser Form fortführen. Bürgerschaft und deren Initiativen und Vertretende müssten auf eine verständliche und unkomplizierte Art und Weise mitgenommen werden.

Sie sei froh, dass OB Ruppener zustimme, dass man die Chance der Dieselstraße nutzen müsse. Es sei hier wichtig, einen angemessenen Betreuungsschlüssel zu wählen. Ausschlaggebend sei, bestehende Immobilien zu nutzen, bevor neue gebaut werden.

Gemeinderatsfraktion CDU

Claudia Zöllmer dankt den Anwohnenden für ihre Stellungnahmen. Sie freue sich über das spürbare Weiterkommen des Ausschusses.

Dezentralität sei auch der CDU-Fraktion sehr wichtig und müsse in jedem Stadtteil beachtet werden. Die Fraktion habe kein Problem damit, den Immergrünweg und den Örloweg in den Prozess einzuschließen. Die Entscheidung dazu treffe jedoch das Gremium, keine Einzelpersonen. Sie sei jederzeit bereit, darüber zu diskutieren.

Die CDU habe vor einiger Zeit einen Antrag zur Bebauung der Südkurve gestellt. Sie stellt die Frage, was mit der Südkurve passieren solle, wenn sie wie von OB Ruppener angekündigt wegfallen würde – etwa hinsichtlich Begrünung oder Bebauung. Dies müsse man im Gremium besprechen. Sie habe jedoch Verständnis der Stadt gegenüber, dass sie nicht der Forderung der Anwohnenden in der Südkurve nachkommen könne, ihnen schriftlich zu versichern, dass diese nicht für eine Geflüchtetenunterkunft genutzt werde.

Sie wolle abschließend klarstellen, dass die CDU-Fraktion gegen den Beschluss zur Dieselstraße gestimmt habe. Grund hierfür sei jedoch nicht eine Ablehnung der Dieselstraße als potenzieller Standort, sondern dass es ihnen wichtig gewesen sei, dass der Bürgerausschuss vor der Beschlussfassung gehört werde. Dies hätten sie auch mehrfach während der Sitzung ausgesprochen. Die Fraktion sei jedoch froh, das Gebäude in der Dieselstraße nun als Option zu haben.

Gemeinderatsfraktion Freie Wähler / FDP

Wolfgang Haug beginnt sein Statement, indem er anerkennt, dass bereits viel gesagt wurde und er nichts wiederholen wolle. Er sei sehr angetan von der Runde und lobte, dass viel Klarheit darüber geschaffen wurde, ob und wie eine Lösung gefunden werden könne. Der Mehrwert des Bürgerausschusses sei, dass man etwas in die Welt setze, das bisher nur selten in der Form geschaffen wurde: eine Planung, die von Bürgerschaft und Verwaltung gemeinsam angetreten werde.

Seine Fraktion sehe die Dieselstraße als Option und sie hätten daher für den Beschluss gestimmt. Er beschreibt jedoch einen aktuellen Zeitungsartikel, in dem geschildert wird, wie Menschen mit Migrationshintergrund über eine

kleine Stadt in Frankreich hergefallen seien und einen Polizisten tödlich verletzt hätten. Grund dafür sei gewesen, dass in massiven Unterkünften eine hohe Anzahl von Geflüchteten mit unzureichender Integration untergebracht worden waren. Solche Entwicklungen seien auch in diesem Fall bedenklich.

Zum Abschluss dankt Herr Haug der Bürgerschaft für ihr Engagement und ihre Stellungnahmen.

Die anschließende Diskussion des Bürgerausschusses und die anschließenden Stimmen aus dem Publikum werden erneut in einem Simultanprotokoll festgehalten. Dieses ist nach Themen sortiert folgend dargestellt:

| Zeitstrahl |
|--|
| Wie kann Integration langfristig gelingen? |
| Beschluss der Dieselstraße vor Bürgerausschuss - Wieso? <i>Antwort der Stadtverwaltung:</i> -Rechtliche Vorgabe bei Grunderwerb -> nicht-öffentliche Sitzung -Bürgerausschuss bevor der Beschluss durchgeführt wird. |
| Was geschieht mit der Südkurve? |
| <i>Antwort der Stadtverwaltung:</i> Bestimmt für Bebauung Vorschlag und Konzept für Gemeinderat, das Grundstück zu bebauen. |
| Wie sieht der Zeitstrahl für die Dieselstraße aus? |
| <i>Antwort der Stadtverwaltung:</i> Zwei Jahre sind realistisch umsetzbar Sanierungsmaßnahmen und Umbau von Büro in Wohnungen notwendig |
| Wie viele Geflüchtete kommen in der Dieselstraße aus dem Landkreis? |
| <i>Antwort der Stadtverwaltung:</i> Hierzu besteht noch keine Vereinbarung Summe sind insgesamt ca. 350 Plätze, Aufteilung mit Landkreis ist möglich, aber müsste vertieft diskutiert werden. |
| Zwei Architekten sollen sich mit den 2 Gebäuden in der Dieselstraße befassen |
| Input aus Bürgerausschuss für weitere Bewertung der Standorte nutzen |
| Langfristig Standorte in Nachnutzung übergehen lassen. |
| Sozialer Wohnungsbau wird neben Geflüchtetenunterbringung vorangetrieben (KaepseLE, Steckrothareal, Bunsenareal und weitere) |
| Echterdinger Norden hat wenig Einwohner, Industriegebiet soll zudem entwickelt werden -> Norden konstruktiv weiterentwickeln Quartiersentwicklung idealerweise auch durch Bürgerschaft getragen. Konzept für den gewerblichen Bereich besteht bereits vom Institut vom Stadt- und Regionalentwicklung. Transformation im Echterdinger Norden aktiv gestalten. Änderungen im Bestand jedoch schwierig. |

| Standortabwägung |
|---|
| Kriterien & Prioritäten -> Wie wurden diese gebildet? <i>Antwort der Stadtverwaltung:</i> - Eignung durch Kriterienkatalog - Zeitliche Komponente durch Baurecht |
| Ungerhaldenweg: Gute Nahversorgung Geschosswohnungen sind langfristige Lösungen mit potenzieller Anschlussnutzung |
| <i>Hinweis der Stadtverwaltung: Flächennutzungsplan ist bei Bewertung Indikator für Versorgungssituation</i> |
| Dezentralität weiterhin wichtig. Entspricht die Dieselstraße diesem Vorhaben? |

Antwort der Stadtverwaltung:

- Weiterhin hoher Druck durch Wegfall von bestehenden Standorten
- Dieselstraße weiterer Schritt, um langfristig der Aufgabe der Unterbringung gerecht zu werden
- Langfristig mehrere kleine Möglichkeiten möglich
- Erhöhter Betreuungsaufwand nötig

Wirtschaftlichkeit

Nur die Standorte, die durchgeplant sind, können Zahlen zur Bebauung / Anzahl Geflüchteter liefern

Feedback zum Prozess

Lob für Sachlichkeit und Nüchternheit des Bürgerausschusses

Lob für Arbeit der Stadtverwaltung bei Standortbetrachtung und für Darstellung durch Zeitstrahl -> Bitte Festplatz in Musberg mit temp. Lösung aufnehmen als Zeitstrahl als Notlösung

Bürgerausschuss-Format wird erhalten

„Integration beginnt vor Ort“

Dank an die Menschen, die Integration vor Ort vorantreiben

Bitte nach weiterer Beteiligung bei Quartiersentwicklung der Südkurve bei Bezug der Dieselstraße– Wie kann die Südkurve anders entlastet werden?

Liste der Abwägung wird veröffentlicht

Wenig Zuschauende durch Zeitungsartikel -> Wie geht man mit dem Artikel um?

Antwort der Stadtverwaltung:

Stadt arbeitet intern auf

Entdeckerviertel: Fehlende Quartiersentwicklung

4. Ausblick & Nächste Schritte

Oberbürgermeister Otto Ruppner dankt allen Beteiligten und Mitwirkenden. Der Bürgerausschuss sei ein tolles, gelungenes Format, das weiterhin durchgeführt werden solle. Man wolle auch in Zukunft für mehr Transparenz und Vertrauen sorgen. Er lädt die Zuhörenden dazu ein, die positiven Nachrichten und Eindrücke des heutigen Tages jeweils in die eigenen Kreise weiterzutragen.

Er spricht noch einige Aspekte aus der Diskussion an: Die Quartiersarbeit solle weiter vorangetrieben werden. Man setze sich so weit wie möglich für eine Durchmischung ein und man wolle eine Adressbildung vermeiden. Im Standort der Dieselstraße würde zwar gezwungenermaßen eine gewisse Adressbildung stattfinden, doch hier wolle man eine gute soziale Betreuung gewährleisten.

Er dankt allen für ihr Kommen, für die regen Diskussionen und für die Anregungen aus dem Publikum. Man werde die Standorte weiter prüfen und im Gespräch bleiben. Sobald es neue Ergebnisse gebe, werde man diese mit der Bürgerschaft besprechen.

Dr. Antje Grobe schließt die Veranstaltung, indem sie der Verwaltungsspitze für ihre Arbeit dankt. Sie wolle nochmals betonen, dass es nicht selbstverständlich sei, in welcher Form in diesem Prozess transparent gearbeitet worden sei. Sie dankt auch allen Bürgerinnen, Bürgern und Fraktionen für ihre Teilnahme und ihr Mitwirken.

Kontaktaufnahme mit der Stadt zum Thema Geflüchtetenunterbringung an:

Roman Stuiber

Amtsleitung

Amt für soziale Dienste

Neuer Markt 3

70771 Leinfelden-Echterdingen

Tel: +49 711 1600-247

Fax: +49 711 1600-200

E-Mail: R.Stuiber@le-mail.de

www.leinfelden-echterdingen.de